

Kunsthandwerk-Ausstellung im L'Esprit
Am 1. und 2. Dezember findet die 16. Kunsthandwerk-Ausstellung mit den Werken von zehn Ausstellern/innen im L'Esprit, Laufenstrasse 44, bei der Heiliggeistkirche Basel statt. Öffnungszeiten: Samstag, 1. Dezember, 10–18 Uhr, Sonntag, 2. Dezember, 10–16 Uhr.

kh

Offenes Adventssingen mit dem Studienchor Leimental

Am Sonntag, 9. Dezember, 17 Uhr eröffnet der Studienchor Leimental in der katholischen Kirche Ettingen mit «For unto us a child is born» aus Händels Messiah das traditionelle offene Adventssingen. Unter der Leitung von Sebastian Goll ist das Publikum zum Mitsingen bekannter Lieder eingeladen. Das Adventssingen beschliesst das 30-Jahr-Jubiläum des Studienchors Leimental. Das Jubiläumsbuch «Mein' Stimme klinge» kann in Ettingen erworben werden. Der Konzerteintritt ist frei, Kollekte zur Deckung der Unkosten.

kh

LESERBRIEF

Warum nicht vor Weihnachten?

Zum Zeitpunkt der Pfarrwahl in Riehen

Als die Pfarreiratsvizepräsidentin Marie-Christine Fankhauser in den Wochenendgottesdiensten vom 6./7. Oktober das Ergebnis der Unterschriftensammlung für die Pfarrwahl in Riehen bekannt gab, sagte sie, dass die Abstimmung «im Februar» stattfände. Woher wusste sie das? Der Pfarreirat hat laut Wahlordnung «die Zeit» festzulegen, wann die Wahl stattfinden soll, aber zu dem Zeitpunkt noch keinen Entscheid getroffen. Das ist erklärungsbedürftig. Braucht man die Zeit, damit Wanderwähler ihre Papiere bei der Gemeinde noch deponieren können? Die Abstimmung ist jetzt auf den 10. Februar 2019 festgesetzt worden. Ich hatte per Mail am 9. Oktober dem Kirchenratspräsidenten Dr. Griss vorgeschlagen, dass die Wahl noch vor Weihnachten Mitte Dezember stattfinden solle. Er hat die Angelegenheit an Viktor Brunner, den Justitiar des Kirchenrates, abgeschoben, statt proaktiv sich ihrer anzunehmen. Der Vorschlag wurde von diesem zurückgewiesen, weil Termine abgewartet werden müssten und die Vorbereitungen in der verbleibenden Zeit nicht zu leisten wären. Der entscheidende Termin ist der: Die Abstimmungsunterlagen müssen «spätestens» 16 Tage vor der Abstimmung bei den Stimmberechtigten sein. Die Vorbereitungen der Abstimmung hätten während acht Wochen nicht geleistet werden können? Es wäre schön gewesen, die Pfarrei hätte diese Sache hinter sich bringen und das Weihnachtsfest, von dem man sagt, es sei ein Fest der Versöhnung, versöhnlich feiern können.

Dr. Rudolf Hopmann, Riehen

Waren sich einig über die positive Wirkung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (von links): Béatrix von Sury d'Aspremont, Claudia Hänzi, Moderator Ruedi Brassel, Rebekka Zulauf und Joseph Thali.



Christian von Arx

Gegen den Skandal der Familienarmut

Podium in Liestal zum Modell der Ergänzungsleistungen für Familien

Was tun, wenn Eltern erwerbstätig sind, der Verdienst aber nicht ausreicht? In Liestal diskutierte ein Podium das Modell von Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen, das eine Initiative von Caritas und ATD Vierte Welt im Baselbiet lanciert hat.

«Kinder dürfen kein Zeichen für Armut sein – das ist skandalös in unserer Zeit», fasste die Reinacher Gemeinderätin und Landrätin Béatrix von Sury d'Aspremont, ihre Überzeugung zusammen. Landeskirchenrat Joseph Thali (Allschwil), Vorstandsmitglied von Caritas, sagte es so: «Jedes Kind in der Schweiz hat Anrecht darauf, in Würde aufzuwachsen.»

Doch finanzielle Engpässe stellen dieses Anrecht in Frage – das erfährt Rebekka Zulauf (Allschwil) als Co-Präsidentin von Eifam, dem Verein Alleinerziehende Region Basel: «90 Prozent der Alleinerziehenden sind erwerbstätig, dennoch sind unter den Sozialhilfeabhängigen 20 Prozent Alleinerziehende.» Sozialhilfe aber, darin war sich das Podium unter Leitung von SP-Präsident Ruedi Brassel einig, sei nicht der richtige Weg für Eltern, die zu wenig Geld verdienen können.

Hier setzt die Initiative an, die ein Komitee unter Führung von ATD Vierte Welt und Caritas beider Basel im Oktober 2017 mit gut 2000 Unterschriften in Baselland eingereicht hat. Sie verlangt, dass der Kanton an Familien, die aufgrund ihrer geringen Einkommen finanzielle Schwierigkeiten haben, Ergänzungsleistungen ausrichtet. Wie just am Tag der Diskussion in Liestal bekannt wurde, lehnt der Regierungsrat die Initiative ab, macht aber einen Gegenvorschlag: Zuerst soll der Kanton eine Armutsstrategie erarbeiten und auf deren Grundlage dann Art und Umfang von Leistungen an Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen definieren.

Die ersten Reaktionen auf dem Podium fielen wenig begeistert aus: «Das ist eine faule Ausrede der Regierung», sagte Joseph Thali. Béatrix von Sury mochte sich so kurzfristig noch nicht festlegen. Über das weitere Vorgehen entscheiden muss nun der Landrat.

Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien – abgekürzt FamEL – kennen bisher die Kantone Tessin, Genf und Waadt. Als erster und bisher einziger Kanton in der Deutschschweiz hat Solothurn 2010 die FamEL eingeführt. 6,5 Mio. Franken gab Solothurn 2017 dafür aus, berichtete Claudia Hänzi, Chefin des kantonalen Amtes für soziale Sicherheit. 990 Familien profitieren aktuell von dieser Unterstützung. Bezugsberechtigt sind Familien, deren jüngstes Kind noch nicht 6 Jahre alt ist – die Baselbieter Initiative setzt die Grenze bei 16 Jahren.

Zielgruppe der FamEL seien die «Working Poor», also Eltern, die erwerbstätig sind, dabei aber zu wenig verdienen, erklärte die Solothurner Amtschefin. «Die drei Hauptziele werden erreicht», sagte Claudia Hänzi: «Verringerung der Armut bei Familien, Entlastung der Einwohnergemeinden bei der Sozialhilfe, Belohnung von Arbeitsanstrengungen durch Anreize für eine Erwerbsarbeit.» Sie benannte aber auch Optimierungsbedarf: Die Altersgrenze von 6 Jahren für das jüngste Kind (Eintritt in den Kindergarten) sei zu tief – Hänzi befürwortete eine Erhöhung auf acht Jahre. Auch habe der Kanton die anrechenbaren Ansätze für die Fremdbetreuung von Kindern zu tief angesetzt. Und schliesslich seien unter den Bezüglern – ganz entgegen der Absicht – viel weniger Alleinerziehende als Zweielternfamilien. «Geld allein reicht nicht», schloss Claudia Hänzi daraus. Es brauche in diesen Fällen mehr Beratung und Betreuung für die Integration ins Erwerbsleben.

Christian von Arx